



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 22. Juni 2009 (31.07)
(OR. cs, en)**

12002/09

COPEN 135

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Milena Vicenová, Ständige Vertreterin, Ständige Vertretung der Tschechischen Republik bei der Europäischen Union
Eingangsdatum:	17. Juni 2009
Empfänger:	Herr Ivan BIZJAK, Generaldirektor, Generaldirektion H (Justiz und Inneres) des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen - Notifizierungsschreiben der Tschechischen Republik

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

hiermit übermittle ich Ihnen gemäß Artikel 22 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 328 vom 24. November 2009, S. 59) den Wortlaut der geänderten Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik, die zur vollständigen Umsetzung des eingangs genannten Rahmenbeschlusses angenommen wurden.

Die Bestimmungen des Rahmenbeschlusses wurden in das Gesetz Nr. 141/1961 Slg. über das Strafverfahren (Strafprozessordnung), in der Fassung späterer Vorschriften, und in das Gesetz Nr. 219/2000 Slg. über das Eigentum der Tschechischen Republik und über ihre Position in Rechtsgeschäften, in der Fassung späterer Vorschriften, aufgenommen. Das Gesetz Nr. 457/2008 Slg., mit dem dieser Rahmenbeschluss in die obengenannten Rechtsvorschriften der Tschechischen Republik aufgenommen wurde, ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

Der Rahmenbeschluss wurde von der Tschechischen Republik in vollem Umfang umgesetzt.

Nähere Informationen über die angenommenen innerstaatlichen Maßnahmen übermitteln wir in Form einer vergleichenden Tabelle, in der die einschlägigen Bestimmungen der Gesetze zur Durchführung des Rahmenbeschlusses angegeben sind. Wir fügen auch den entsprechenden Abschnitt 10 des Gesetzes Nr. 457/2008 Slg. bei.

Ansprechpartnerin für technische Fragen in Zusammenhang mit den angenommenen Rechtsvorschriften ist

Mag. Kateřina Gauthierová
Internationale Abteilung für Strafsachen
Justizministerium der Tschechischen Republik
Tel.: +420 221 997 630
E-Mail: KGauthierova@msp.justice.cz
Arbeitssprache: Französisch

Als Anlage 2 und 3 übersende ich Ihnen die Mitteilung der Tschechischen Republik und ihre Anlage gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses, in denen die Behörden benannt werden, die gemäß diesem Rahmenbeschluss zuständig sind, wenn die Tschechische Republik Entscheidungsstaat oder Vollstreckungsstaat ist.

Außerdem übersende ich als Anlage 4 die Erklärung der Tschechischen Republik gemäß Artikel 7 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses, wonach die zuständigen Behörden der Tschechischen Republik Einziehungsentscheidungen weder anerkennen noch vollstrecken werden, wenn sie unter Umständen ergangen sind, unter denen die Einziehung des Vermögensgegenstands gemäß den erweiterten Einziehungsbestimmungen nach Artikel 2 Buchstabe d Ziffer iv angeordnet wurde, falls die in der Einziehungsentscheidung genannte Art der Einziehung in der Tschechischen Republik aufgrund ihres innerstaatlichen Rechts nicht möglich ist.

(Schlussformel)

4 Anlagen

Mitteilung der Tschechischen Republik nach Artikel 3 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

Die Tschechische Republik teilt mit, dass folgende Behörden gemäß Artikel 3 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen zuständig sind,

- 1) wenn die Tschechische Republik Entscheidungsstaat ist:
 - die zuständigen örtlichen Obergerichte, Kreisgerichte, Amtsgerichte und Stadtbezirksgerichte, das Stadtgericht in Prag, das Stadtgericht in Brno und das Oberste Gericht der Tschechischen Republik;
 - das Amt für die Vertretung des Staates in Eigentumssachen.
- 2) wenn die Tschechische Republik Vollstreckungsstaat ist:
 - die zuständigen örtlichen Ober- und Kreisgerichte und das Stadtgericht in Prag;
 - das Amt für die Vertretung des Staates in Eigentumssachen.

Zuständig für die Entgegennahme von Entscheidungen zusammen mit den zugehörigen Bescheinigungen aus anderen Mitgliedstaaten sind die zuständigen Kreisgerichte und das Stadtgericht in Prag. In Anlage 3 sind die Kontaktadressen dieser Behörden angegeben.

- 3) Für die Unterstützung der zuständigen Behörden ist das Justizministerium der Tschechischen Republik verantwortlich, dessen Kontaktadresse in Anlage 3 angegeben ist.
- 4) Zuständig für den Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Mitgliedstaaten über die Aufteilung von Vermögensgegenständen, die auf der Grundlage einer Entscheidung über die Beschlagnahme oder Einziehung (Artikel 16 Absatz 4 des eingangs genannten Rahmenbeschlusses) beschlagnahmt oder eingezogen wurden, ist für die Tschechische Republik das zuständige Finanzministerium der Tschechischen Republik, dessen Kontaktadresse in Anlage 3 angegeben ist.

Anlage zur Mitteilung der Tschechischen Republik nach Artikel 3 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses
2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen
Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

A) Kontaktadressen der zuständigen örtlichen Kreisgerichte und des Stadtgerichts in Prag:

1. Stadtgericht in Prag

Spálená 2

112 16 Praha 1

Tel: +420 221 931 111

Fax: +420 224 947 490

E-Mail: : slezska@msoud.pha.justice.cz

2. Kreisgericht in Brno

Rooseveltova 16

601 95 Brno

IČ 215 724

Tel: +420 542 101 111

Telefax: +420 542 103 362

E-Mail: : podatelna@ksoud.brn.justice.cz

3. Kreisgericht

Nám. Kinských 5

150 75 PRAHA 5

Tel: +420 257 005 111

Telefax: +420 257 321 528

E-Mail: : podatelna@ksoud.pha.justice.cz

4. Kreisgericht in Ústí nad Labem

Národního odboje 1274

400 92 Ústí nad Labem

Tel: +420 475 247 111

Fax: +420 475 247 369

E-Mail: : podatelna@ksoud.unl.justice.cz

5. Kreisgericht Ostrava

Havlíčkovu nábřeží 34

728 81 OSTRAVA

Tel: +420 596 153 111

Fax: +420 569 120 981

E-Mail: : ksostrava@ksoud.ova.justice.cz

6. Kreisgericht České Budějovice

Zátkovo nábřeží 2

370 84 České Budějovice

Tel: +420 386 018 111

Telefax: +420 386 354 309

E-Mail: : podatelna@ksoud.cbu.justice.cz

7. Kreisgericht in Plzeň

Veslavínova 40

306 17 Plzeň

Tel: +420 377 868 888

Telefax: +420 377 868 000

E-Mail: : epodatelna@ksoud.plz.justice.cz

8. Kreisgericht in Hradec Králové

Československé armády 218

502 08 Hradec Králové

Tel: +420 498 016 111

Telefax: +420 495 514 021

E-Mail: : posta@ksoud.hrk.justice.cz

B) Kontaktadresse des Justizministeriums der Tschechischen Republik:

Justizministerium

Internationale Abteilung für Strafsachen

Vyšehradská 16

128 10 Praha 2

Tel: +420 221 997 925

Fax: + 420 221 997 986

E-Mail: : om@msp.justice.cz

B) Kontaktadresse des Finanzministeriums der Tschechischen Republik:

Finanzministerium

Letenská 15

118 10 Praha 1

Tel: +420 257 041 111

Fax: + 420 257 042 788

E-Mail: : podatelna@mfcz.cz

Erklärung der Tschechischen Republik nach Artikel 7 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses
2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen
Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

Die Tschechische Republik erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen, dass die zuständigen Behörden der Tschechischen Republik Einziehungsentscheidungen weder anerkennen noch vollstrecken werden, wenn sie unter Umständen ergangen sind, unter denen die Einziehung des Vermögensgegenstands gemäß den erweiterten Einziehungsbestimmungen nach Artikel 2 Buchstabe d Ziffer iv angeordnet wurde, falls die in der Einziehungsentscheidung genannte Art der Einziehung in der Tschechischen Republik aufgrund ihres innerstaatlichen Rechts nicht möglich ist.